

Stand: 17.05.2024 11:24:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/25466

"Entwicklung der bayerischen Wasserstoffwirtschaft wirtschaftlich und technologieoffen gestalten - Standort Bayern energiesicher voranbringen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/25466 vom 01.12.2022
2. Beschluss des Plenums 18/25474 vom 01.12.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 128 vom 01.12.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Entwicklung der bayerischen Wasserstoffwirtschaft wirtschaftlich und technologieoffen gestalten – Standort Bayern energiesicher voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erkennt an, dass die Wasserstoffwirtschaft ein technologisch interessanter Ansatz ist, um einen Beitrag für die zukünftige Energieversorgung zu leisten. Gleichzeitig stellt der Landtag fest, dass auf absehbare Zeit Erdgas, Rohöl und Kernenergie sowohl in Bayern als auch weltweit wichtige Primärenergieträger bleiben werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Entwicklung der bayerischen Wasserstoffwirtschaft nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Technologieoffenheit zu unterstützen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die notwendigen Maßnahmen für eine wirtschaftliche und technologieoffene Entwicklung der heimischen Wasserstoffwirtschaft ergriffen werden. Hierzu gehören insbesondere:

- Finanzielle Förderung von Forschung und Entwicklung von kostengünstigeren Möglichkeiten der Erzeugung, des Transports, der Speicherung und der Nutzung von Wasserstoff.
- Abbau bürokratischer Auflagen für die kostengünstige Erzeugung, den Transport, die Speicherung und die Nutzung von Wasserstoff.
- Die ordnungspolitische Ermöglichung der Beimischung von H₂ bzw. der Umwidmung von Erdgaspipelines hin zu Wasserstoffpipelines, indem der regulatorische Rahmen dahingehend angepasst wird. Derzeit zielen EU-Vorgaben darauf ab, dass die jetzigen Betreiber der Erdgaspipelines künftig nicht die Wasserstoffpipelines betreiben dürfen. Der Ansatz der EU ist völlig falsch und muss korrigiert werden.
- Die staatlichen Subventionen für die Markteinführung der Wasserstoffwirtschaft auf ein Minimum beschränken.
- Ordnungspolitische und technologische Rahmenbedingungen schaffen für die Erzeugung, den Transport, die Speicherung und die Nutzung des gesamten Wasserstoffspektrums, u. a. auch Wasserstoff, der mithilfe nuklearer bzw. fossiler Energie hergestellt wurde.

Begründung:

Die Staatsregierung kann nicht wissen, was die „Energieträger der Zukunft“ sein werden. Das kann nur der freie Markt herausfinden. Der „umfangreiche und unverzügliche“ Einsatz der Staatsregierung für eine einzige Energietechnologie – in diesem Fall der

forcierte Hochlauf einer regionalen Wasserstoffwirtschaft – kann als Paradebeispiel für eine „Anmaßung von Wissen“ gelten.¹

Wasserstoff ist ein interessanter Energieträger, der Kohlenwasserstoffe aber mittelfristig nicht ersetzen wird. Lediglich die Verbraucher sollen frei entscheiden, ob ein Wechsel für sie sinnvoll erscheint. Im Jahr 2021 entfielen drei Viertel des Primärenergieverbrauchs in Bayern auf fossile Brennstoffe und Kernenergie.² Laut allen Hauptszenarien (Internationale Energieagentur – IEA, BP, Equinor) werden weltweit immer noch rund zwei Drittel des Primärenergieverbrauchs durch fossile Brennstoffe und Kernenergie gedeckt werden.³ Dabei darf nicht vergessen werden, dass der Gesamtwirkungsgrad bei der Rückverstromung von H₂ bei lediglich 30 bis 40 Prozent liegt.⁴

Die Erzeugung von Wasserstoff in Bayern mit Hilfe von volatiler Photovoltaik (PV) und Windkraft ist teuer und ineffektiv: rund 50 Cent pro kWh bei 1 000 Jahresvolllaststunden.⁵ Im Jahr 2020 konnte heimische Windkraft nur 1 900 Jahresvolllaststunden erbringen, PV nur 850.⁶

Sollte die Beschränkung auf „grünen“ Wasserstoff bestehen bleiben, dann wäre es deutlich billiger (16,5 Cent pro kWh), diesen aus entfernten Regionen zu importieren, die einen komparativen Kostenvorteil haben, z. B. Chile und Marokko.

Dabei wäre die Beimischung von H₂ in die bestehende Erdgasinfrastruktur eine kostengünstige, aber begrenzte Option. Dies würde derzeit jedoch unverständlicherweise durch die EU-Richtlinie 2021/0425(COD) untersagt. Da H₂ ein korrosives Gas ist, ist die der Bau neuer Transport- und Speicherinfrastruktur sehr kostspielig. Die Umrüstung der existierenden Erdgasinfrastruktur wäre eine viel kostengünstigere Alternative.⁷

Eine lokale Wasserstofferzeugung wäre nur unter einem technologieoffenen Ansatz wirtschaftlich möglich, der die Erzeugung von „grauem“ und rotem „Wasserstoff“ zulässt, d. h. durch Dampfreformierung von Kohlenwasserstoffen als industrielles Nebenprodukt (5 Cent pro kWh) oder mithilfe von Kernkraft (6,5 Cent pro kWh).⁸

Anstelle des staatlichen Fokuses auf heimische H₂-Erzeugung könnte es mehr Perspektiven geben, sich auf den Export von Umwandlungssystemen zur Herstellung von synthetischen Kraftstoffen zu konzentrieren. Nach Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln e.V. (IW) könnte der deutsche Maschinen- und Anlagenbau bis 2030 rund 30 Mrd. Euro Wertschöpfung und fast 400 000 neue Arbeitsplätze in diesem Sektor bundesweit schaffen.⁹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Wasserstoff eine interessante Technologie ist, deren Anwendung jedoch durch physikalische und wirtschaftliche Aspekte eingeschränkt bleiben wird. Die Staatsregierung sollte davon absehen, diese Einzeltechnologie durch Subventionen dirigistisch voranzutreiben. Vielmehr sollten München, Berlin und Brüssel die Mittel für Forschung und Entwicklung zur Lösung von Kostenproblemen der Wasserstoffwirtschaft erhöhen, bürokratische Hürden für die Umsetzung abbauen und einen technologie- und kosteneffizienten Ansatz begrüßen, der auch die Herstellung von „grauem“ und „rotem“ Wasserstoff ermöglicht.

¹ Hayek F.A. (1973). Die Anmaßung von Wissen. Ordo, Band 26.

² Bayerische Staatsregierung (2022). Primärenergieverbrauch. Energie-Atlas Bayern.

³ Blümm F. (2022). Energie der Zukunft: Wie sieht der Energiemix 2050 aus? Tech for Future.

⁴ Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD) vom 08.07.2019. Grenzen der Energiewende in Bayern – Anfrage III: Energiespeicher. Drucksache 18/3528. Ebenda.

⁵ VBEW (2021). Stromerzeugung in Bayern 2020.

⁶ Antwort der Staatsregierung auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD) vom 26.10.2022 betreffend Wasserstoff in Bayern III. Noch ohne Drucklegung.

⁷ McKinsey (2021). Hydrogen Insights.

⁸ Fritsch M., Puls T., Schaefer T. (2021). Synthetische Kraftstoffe: Potenziale für Europa: Klimaschutz- und Wertschöpfungseffekte eines Hochlaufs der Herstellung klimafreundlicher flüssiger Energieträger. IW Köln.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel**
und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/**25466**

Entwicklung der bayerischen Wasserstoffwirtschaft wirtschaftlich und technologieoffen gestalten – Standort Bayern energiesicher voranbringen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Gerd Mannes

Abg. Alexander König

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Walter Nussel

Abg. Annette Karl

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Albert Duin

Staatsminister Hubert Aiwanger

Abg. Raimund Swoboda

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft energisch voranbringen - Standort Deutschland wettbewerbsfähig halten (Drs. 18/25379)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)

Entwicklung der bayerischen Wasserstoffwirtschaft wirtschaftlich und technologieoffen gestalten - Standort Bayern energiesicher voranbringen (Drs. 18/25466)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort an Herrn Kollegen Rainer Ludwig von den FREIEN WÄHLERN.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wasserstoff ist für uns FREIE WÄHLER die Schlüsseltechnologie, der Energieträger der Zukunft im komplementären, technologieoffenen Erneuerbare-Energien-Mix. Nicht zuletzt das aktuelle geopolitische Szenario und die gegenwärtige Energiekrise erfordern, auch den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft im Bund und auf EU-Ebene nochmals deutlich zu beschleunigen und damit den Standort Deutschland wettbewerbsfähig zu halten. Wir sehen Wasserstoff als ein Multitalent für unsere klimaneutrale Industriegesellschaft, als Kraftstoff, als unbegrenztes Speichermedium und als weltweiten Energietransportvektor an.

Wasserstoff wird somit in den Sektoren "Verkehr", "Mobilität" sowie "Gebäude" eine tragende Rolle spielen. Dank unseres Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger hat Bayern als Vorreiter schon frühzeitig eine eigene Wasserstoffstrategie auf den Weg gebracht und investiert auch künftig kraftvoll in diese Offensive. Für die regionale nachhaltige Wasserstoffproduktion sollen im Haushalt circa 180 Millionen Euro bereitgestellt werden, der Großteil als Förderprogramm zum Aufbau einer Elektrolyse-Infrastruktur und zum Ausbau der Wasserstofftankstellennetze.

Während wir im Freistaat also seit Langem auf das Thema Wasserstoff setzen, fehlen im Bund allerdings immer noch klare Akzente und richtungsweisende Leitplanken. Diese sind aber erforderlich, um unserer Wirtschaft Planbarkeit und damit Investitionssicherheit zu geben. Andere Länder ergreifen hier bereits umfangreiche Maßnahmen, zum Beispiel die USA mit der Betriebsmittelförderung der Wasserstoffwirtschaft durch mehr als 50 Milliarden US-Dollar.

Wir fordern deshalb auch ein entschlossenes, eiliges Handeln bei uns im Bund. Wir brauchen zwingend ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Stärkung der nationalen Wasserstoffwirtschaft. Im Detail heißt das – ich zitiere aus unserem Antrag –, "die im [...] EEG angekündigten Verordnungen zur Ausschreibung von Spitzenlast-Wasserstoffkraftwerken und innovativen Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung unverzüglich zu erlassen" und ebenso "den regulatorischen Rahmen für den Wasserstoffimport über Pipelines aus dem Ausland für die im EEG angekündigten Ausschreibungen von Spitzenlast-Wasserstoffkraftwerken zu schaffen." Gleiches gilt natürlich auch für die Versorgung mit Wasserstoff aus dem Inland, unter anderem mittels systemdienlicher Elektrolyseure.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus muss die Bundesimmissionsschutzverordnung um die Modalitäten zur Anrechnung von grünem Wasserstoff für die in den Verkehr gebrachten Kraftstoffe erweitert werden. Bayern hat ja bereits 2019 gemeinsam mit einem breiten Wasserstoff-Bündnis mit inzwischen rund 300 führenden Unterneh-

men und Institutionen als Mitgliedern zur Erforschung und Entwicklung unter anderem das Zentrum Wasserstoff.Bayern-H2.B in Nürnberg gegründet.

Wir fordern deshalb auch eine bundesweite Koordinierungsstelle im Bereich Wasserstoff ganz nach dem Vorbild H2.B, um die Zusammenarbeit aller Akteure in diesem wichtigen Zukunftsfeld zu stärken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, synchron, im Gleichschritt gilt es, ebenso zügig eine leistungsfähige Infrastruktur zu errichten, das heißt den Netzaus- und -umbau auf deutscher und europäischer Ebene zu ertüchtigen, um dort künftig parallel zum Erdgas Wasserstoff zu transportieren. EU-Vorgaben zielen derzeit aber darauf ab, dass die Betreiber von Erdgaspipelines diese Pipelines für Wasserstoff künftig nicht betreiben dürfen. Deshalb muss der regulatorische Rahmen hier zwingend justiert werden.

Meine Damen und Herren, zur Versorgung Bayerns mit Wasserstoff setzt der Wirtschaftsminister neben Schottland und Norwegen nun auch auf Lieferungen und Importe über Pipelines aus Nordafrika und Italien. Der Ministerpräsident hat ergänzend weitere Quellen in Kroatien eruiert.

Ebenso gilt es, gesicherte Kraftwerksleistungen als Sicherheitspuffer auszubauen, das heißt, bestehende Kraftwerke in den H₂-Betrieb umzurüsten. Der Bund muss hier endlich die Brisanz erkennen und seine Kompetenzen deutlich und energisch nachschärfen.

Meine Damen und Herren, nur so kann im Bereich der gesamten Wasserstoffwertschöpfungskette ein technologieoffener, innovationsfreundlicher und investitionsorientierter Rechtsrahmen für alle Akteure geschaffen werden, um damit den beschleunigten Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft mit Tempo zu gewährleisten. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ludwig. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Gerd Mannes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes sichert man nicht, indem man unwirtschaftliche Technologien mit steuerfinanzierten Subventionen in den Markt drückt. Endlose Subventionsspiralen wie beim EEG schaden unserer Volkswirtschaft. Planwirtschaft bremst echte Innovation und Wertschöpfung aus. Das hat die DDR eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Nun zu den Fakten der völlig vermurksten Energiewende: In Deutschland haben wir etwa 225 Gigawatt installierte Leistung. Davon entfallen 30 % auf Solar und 30 % auf Wind. Wir verbrauchen ungefähr 70 Gigawatt in der Tagesspitze. Gestern sah der Strommix wie folgt aus: 50 % Kohle, 24 % Erdgas, 6 % Kernkraft. Der Wind hat 6 % beigetragen, Solar 1 %. Diese Zahlen belegen eindrucksvoll, dass mit wetterabhängiger Energieerzeugung keine sichere Energieversorgung möglich ist.

Herr Weigert, Bayern ist kein Sonnenland. Beheben Sie endlich Ihre gravierenden energiepolitischen Wissenslücken.

(Alexander König (CSU): Na, na, na!)

– Doch, Herr König, das muss man einmal sagen. – Fast 100 % des in Bayern produzierten Wasserstoffs werden aus Erdgas gewonnen. Jetzt wollen Sie Wasserstoffkraftwerke zur Abdeckung der Spitzenlast einsetzen; aber es gibt keine entsprechenden Kraftwerke und vor allem nicht ausreichend günstigen Wasserstoff. Bevor Sie keine tragfähigen Lösungen für die Versorgung mit bezahlbarem Wasserstoff vorlegen, ist Ihre Forderung zur Spitzenlastabdeckung nicht ernst zu nehmen. Wir alle wissen: Die Erzeugung von ausreichend Wasserstoff ist in Deutschland ausgeschlossen. Und: Der Gesamtwirkungsgrad von Wasserstoff-Elektrolyse bei der Rückverstromung liegt bei

maximal 30 %. Die Aufspaltung von Erdgas und Wasser ist also eigentlich Energieverschwendung.

Nur mit günstiger Kernenergie würde sich Wasserstoff in Deutschland zu überschaubaren Kosten herstellen lassen. Im Dringlichkeitsantrag schreiben Sie vage etwas von "Pipelines aus dem Ausland". Ich war selbst bei der Delegationsreise dabei. Aber es ist nicht klar, mit welchen Technologien wo zu welchen Kosten Wasserstoff produziert werden soll. Sie bauen in Ihrem Antrag energiepolitische Luftschlösser, und Ihr Märchenprinz heißt Wasserstoff.

Wir von der AfD wollen realistische und wirtschaftliche Konzepte in den Sektoren Strom, Wärme und Mobilität. Im Gegensatz zu Ihnen wissen wir, dass es eine wettbewerbsfähige Wasserstoffwirtschaft nur mit niedrigen Produktionskosten geben kann. Das ist natürlich nur über den Import von Wasserstoff zu erreichen. Wie dieser hergestellt wird, ist eigentlich egal; denn Wasserstoff hat keine Farbe. Deswegen lehnen wir Ihren Dringlichkeitsantrag ab, auch weil er unrealistische Forderungen enthält und keine Lösungsansätze für die aktuelle Energiekrise bietet.

Mit unserem Nachzieher zeigen wir deutlich auf, wie der Einstieg in eine innovative Wasserstoffwirtschaft gelingen könnte. Wir brauchen erstens eine günstige Wasserstoffproduktion, zweitens Forschung und Entwicklung und drittens die Beseitigung aller bürokratischen Hürden, mit denen interessierte Unternehmen heute konfrontiert sind. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Kollege Alexander König für die CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ob es für die deutsche Wirtschaft schlau war, dass wir uns von der Abhängigkeit vom günstigen Russengas über Nacht in eine neue Abhängigkeit von teurem LNG-Gas mit

wenigen Lieferanten auf der Welt begeben haben, werden eines Tages die Wirtschaftshistoriker untersuchen.

(Gerd Mannes (AfD): Das brauchen sie nicht! Es war falsch!)

Sicher ist, dass die Wettbewerbsfähigkeit zumindest der energieintensiven Industrie in Deutschland dadurch wesentlich beeinträchtigt wurde.

(Gerd Mannes (AfD): Stimmt!)

Umso dringender ist es, dass wir in Deutschland eigenen Wasserstoff produzieren und die Voraussetzungen dafür schaffen, anderswo auf der Welt produzierten Wasserstoff importieren zu können. Ich nenne Ihnen einmal das Beispiel einer Papierfabrik aus meinem Stimmkreis. Ich habe dieses Beispiel schon im Wirtschaftsausschuss gebracht: Diese Papierfabrik wurde 1821 gegründet. Sie läuft an sich prima. Dort wird Hülsenpapier hergestellt. Diese Fabrik benötigt für den Produktionsprozess und ihre Energieversorgung 400 Millionen Kilowattstunden Gas im Jahr. Das ist weit mehr als der Energieverbrauch von 20.000 Einfamilienhäusern im Jahr. Diese 400 Millionen Kilowattstunden Gas können in diesem kleinen Dorf im Landkreis Hof zurzeit durch keinen anderen Energieträger ersetzt werden, zumal die Saale für Öltanker nicht schiffbar ist; das sage ich einmal im Spaß dazu.

Der einzige Stoff, mit dem dieses Gas zumindest zum Teil substituiert werden könnte, ist Wasserstoff. Das ist ein lebendiges Beispiel dafür, wie dringend erforderlich es ist, dass wir in Deutschland die Wasserstoffwirtschaft hochfahren. Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung, die nun einmal zuständig ist, weil es hier um Bundesrecht geht, in die Gänge kommt und ihre Anstrengungen, die regulatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Hochfahren der Wasserstoffwirtschaft in Deutschland gelingt, deutlich beschleunigt. Das ist dringend erforderlich.

Alle warten auf einen kompletten Rechtsrahmen. Die Investoren warten auf klare und schlüssige Regeln. Nur wenn es solche Regelungen gibt, wenn Grundentscheidungen

vom Gesetzgeber und vom Ordnungsgeber getroffen sind, kann investiert werden; denn nur dann werden Investitionen auf dem Kapitalmarkt finanziert. Ohne klare Regeln gibt es keine Finanzierung und folglich auch keine Investitionen. Von daher ist es dringendst erforderlich, dass wir in Deutschland mit den Voraussetzungen für das Hochfahren der Wasserstoffwirtschaft schneller vorankommen und dass dieser dringend erforderliche Rechtsrahmen geschaffen wird.

Von daher ist es völlig richtig, dass die FREIEN WÄHLER in ihrem Dringlichkeitsantrag, namentlich in vier Spiegelstrichen, der Staatsregierung dezidiert aufgeschrieben haben, wofür sie sich auf Bundesebene einzusetzen hat, damit die Bundesregierung in die Gänge kommt und diese Hausaufgaben erledigt. Wir stimmen dem Dringlichkeitsantrag gerne zu und sehen das genauso.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr König, bleiben Sie bitte am Mikrophon. Es gibt nämlich eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mannes, AfD.

Gerd Mannes (AfD): Herr König, danke, dass Sie diese Themen angesprochen haben. Mit diesem Energie-Embargo von russischem Erdgas ruinieren wir Teile unserer energieintensiven Industrie und Wirtschaft. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

Sie haben gesagt, wir sollten die Wasserstoffindustrie hochfahren. Schön und gut. Aber Sie wissen selbst, dass das noch mindestens zehn Jahre dauern wird. Noch nicht besprochen wurde die Frage: Zu welchen Kosten wollen Sie denn diesen Wasserstoff auf den Markt bringen? Natürlich kann man das alles mit Wasserstoff betreiben. Aber die Frage lautet doch, ob das so wirtschaftlich sein kann und so wirtschaftlich sein wird, dass wir hier die Industrie weiterbetreiben können. Dazu möchte ich eine Aussage von Ihnen.

Alexander König (CSU): Dem Grunde nach ist richtig, was Sie sagen. Letztlich ist es aber ein Wettbewerb. Die Marktteilnehmer werden zu entscheiden haben, ob, wo und wann sie zu welchem Preis Wasserstoff kaufen können, um ihn für ihre Industrieprozesse und weitere Prozesse einsetzen zu können.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege König. – Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Grüner Wasserstoff wird für die vollständige Dekarbonisierung unserer Wirtschaft und für das Erreichen der Klimaneutralität ein sehr wichtiger Baustein sein. Man kann es so platt sagen: Wir können von grünem Wasserstoff nicht genug bekommen. Aber er muss eben sinnvoll und mit Plan eingesetzt werden. Dann kann er seine Stärken richtig ausspielen.

Gute Konzepte und kluge Pläne im Energiebereich sehen wir in den letzten vier Jahren bei den FREIEN WÄHLERN und bei der CSU gar nicht. Man muss ganz klar sagen: Machen Sie hier in Bayern einmal Ihre Hausaufgaben, zeigen Sie nicht immer nach Berlin, und nutzen Sie als FREIE WÄHLER hier Ihre Möglichkeiten als Regierungspartner! Machen Sie Ihre Hausaufgaben, wenn Sie hier einen Dringlichkeitsantrag einbringen, und zeigen Sie nicht immer mit dem Finger nach Berlin; denn der Nachholbedarf ist da. Es wird allerhöchste Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im ersten Spiegelstrich des Antrags sprechen Sie von wasserstoffbasierter Stromspeicherung. Die Novelle des EEG hat hier bereits die Förderung von Elektrolyseuren festgestellt, sprich: Strom wird aus dem Netz gezogen und dann eben Wasserstoff hergestellt. Das ist auf dem Weg, aber es muss richtig gemacht sein. Wir dürfen nicht sagen, in Norddeutschland gebe es viele Elektrolyseure, die dann den erzeugten Strom sofort in Wasserstoff umwandeln. Am Schluss wird in Bayern eventuell nicht

genug Strom ankommen. Das ist der entscheidende Punkt. Es wird nicht genug Strom ankommen.

Ich schaue jetzt nach links zu Wirtschaftsminister Aiwanger. – Herr Aiwanger, hören Sie endlich auf, vor Ort immer noch gegen Leitungen und mit gespaltener Zunge zu sprechen, während Sie hier in München dafür sind! Vor Ort sprechen Sie dann wieder dagegen. Wir brauchen einen starken Leitungsbau. Das sind Ihre Hausaufgaben und auch die Hausaufgaben der CSU, von der wir noch viel zu oft hören, es könnte vielleicht doch nicht notwendig sein. Das sind Ihre Hausaufgaben, die zu machen wir einfordern. Dann kommt erst der zweite Schritt mit der Wasserstoffspeicherung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bundesregierung hat hier bereits vieles auf den Weg gebracht. Regulatorische Rahmenbedingungen sind natürlich notwendig. Im Osterpaket ist hier vieles enthalten, zum Beispiel sind im EnWG Wasserstoffleitungen von überragendem Interesse; das ist festgelegt. Ganz klar könnte es schneller gehen, aber ich werde noch ein Beispiel nennen, an dem man sieht, woran es wirklich hakt.

Wenn ich das noch vorher einschieben darf: Wir sind nicht Ihrer Meinung, Herr König, wenn Sie wie gerade anzweifeln, ob man denn auf russisches Erdgas überhaupt habe verzichten können; diese Frage stellt sich nicht mehr. Bei diesem russischen Angriffskrieg muss ein Stopp jeglicher russischer Lieferungen ganz klar sein. Wir wollen kein russisches Gas mehr. Dazu ein klares Nein von uns.

(Beifall bei den GRÜNEN – Gerd Mannes (AfD): So ein Unsinn!)

Um noch einmal klar zu machen, woran es momentan hakt: Heute Nacht wird im Bundestag darüber beraten; es liegt ein Gesetzentwurf zur Umsetzung von Artikel 19 der EU-Richtlinie 2018/2001 betreffend Herkunftsnachweise für Gas, Wasserstoff, Wärme und Kälte aus erneuerbaren Energien vor. Er wird beraten und beschlossen. Das ist der erste Schritt für die Anerkennung. Natürlich könnte es immer schneller gehen,

aber zur Umsetzung der Richtlinie RED II der EU braucht es eben eine bestimmte Zeit. Die Richtlinie lag jahrelang auf dem Tisch. Wir stehen kurz vor einem Vertragsverletzungsverfahren. In den letzten 16 Jahren waren die CSU, die CDU, die SPD und auch die FDP hier an der Regierung, und Sie haben nichts gemacht. Gerade von CDU/CSU wurde das massiv blockiert, und die erneuerbaren Energien wurden ausgebremst.

(Alexander König (CSU): Ihnen fällt einfach nichts Neues ein! Das sind alte Kammellen!)

Ich kann Ihnen sagen: In zwölf Monaten kann man gerade bei solchen Beteiligungsverfahren nicht alles aufholen, was Sie in 16 Jahren verschlafen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Immer dieselbe Leier!)

Da muss jetzt endlich Schwung in die Sache kommen; das ist ganz klar. Als Lokalpartei Anträge wie den heutigen zu stellen und mit dem Zeigefinger nach Berlin oder Brüssel zu zeigen, hilft uns überhaupt nicht. – Wir werden diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Sie haben heute die Windräder vergessen, mit denen wir alle Probleme auf der Welt lösen können!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Nussel von der CSU-Fraktion vor. – Bitte schön.

Walter Nussel (CSU): Herr Kollege Stümpfig, wir könnten jede Woche Ihre Reden im Wirtschaftsausschuss aufnehmen, weil das immer dasselbe ist. Ich frage Sie hier heute: Was tut Ihre Partei und Fraktion hier im Bayerischen Landtag und im Bundestag dafür, dass wir nicht laufend Klagen von Ihrer Seite bekommen, wenn unser Minister hier Leitungen – ob für Wasserstoff oder Elektrizität – bauen will? Das frage ich Sie; denn das hält den ganzen Apparat auf. Sie gehen hier auf den Minister los, der sich hier wirklich bemüht, Leitungen durch unser Land zu bauen, damit wir die Grundversorgung sichern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir hatten dazu im Wirtschaftsausschuss schon viele Petitionen. Ich kann mich an die vorletzte erinnern, bei der der Petent gesagt hat, Wirtschaftsminister Aiwanger habe vor Ort die Frage gestellt, ob diese Leitung denn nötig sei. – Wie kommt das denn bei den Petenten an? Wie kommt es in der lokalen Bevölkerung an, wenn wir uns nicht sicher sind, dass wir diese Verstärkung der Leitungen brauchen? Wir brauchen den SuedOstLink, SuedLink, die Juraleitung und viele andere Leitungen, die jetzt im Bundesbedarfsplan enthalten sind. Was bedeutet es denn für die Akzeptanz dieser großen Infrastrukturprojekte, wenn wir draußen sagen, wir bräuchten das vielleicht doch nicht? – Damit machen Sie das alles kaputt.

(Walter Nussel (CSU): Das war nicht meine Frage!)

Genau das ist die Kritik. Hier in München heißt es jetzt immer wieder, Sie hätten Ihre Meinung geändert, wir bräuchten die Leitungen; das mag sein. Aber es gibt einige Personen aus den Regierungsparteien, die sich vor Ort negativ dazu äußern. Das kann nicht sein! Man muss hier geschlossen mit einer Stimme sprechen. Das fordere ich von Ihnen ein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Albert Duin (FDP): Das tun wir doch!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig. – Frau Kollegin Annette Karl hat für die SPD-Fraktion das Wort.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Liebe FREIE WÄHLER, ich frage mich schon: Was macht man mit einem solchen Antrag, der vor Eigenlob stotzt und voll mit dem üblichen Gejammer Richtung Berlin ist? Es ist ein Antrag, der dem wichtigen Thema Wasserstoff wirklich überhaupt keinen Gefallen tut.

Schauen wir uns einmal den Inhalt an: Worum geht es in dem Antrag? – Zunächst einmal sind alle zentralen Punkte dieses Antrags bereits in Berlin auf dem Weg. Die neue

Ausschreibungssystematik ist auch der SPD sehr wichtig; die Verordnung ist in Arbeit und wird in Kürze fertiggestellt sein.

(Alexander König (CSU): Das ist ja sehr gut!)

Das gilt auch für den regulatorischen Rahmen für Wasserstoffimporte.

Zum dritten Spiegelstrich: Hier fehlt noch die delegierte Rechtsakte zu Strombezugskriterien aus Artikel 27 der Richtlinie RED II – Kollege Stümpfig hat es gesagt. Damit ist auch dieses Thema erledigt.

Zum vierten Spiegelstrich: Er enthält viel Eigenlob für das Zentrum H2.B. Das ist tatsächlich eine hervorragende Einrichtung, in der sehr gute Arbeit geleistet wird. Aber es gibt auch auf Bundesebene sehr wichtige und ähnliche Initiativen, zum Beispiel das PtX Lab Lausitz oder die Initiative H2Global Foundation, die auch die Unterstützung der Wasserstofftechnologien organisiert.

Zum fünften Spiegelstrich: Die Umwidmung von Erdgaspipelines in Wasserstoffpipelines ist bereits jetzt aufgrund einer Übergangsregelung möglich. Hier gibt es noch Unsicherheiten auf EU-Ebene, wie man das rechtssicher in eine langfristige Regelung überführen kann. Aber auch das ist in Arbeit.

Conclusio: Was machen wir also mit dem Antrag? – Wir lehnen ihn ab, weil er völlig überflüssig ist.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin Karl, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Dr. Mehring von den FREIEN WÄHLERN vor.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Karl, Sie haben jetzt kritisiert, dass wir herausstellen, was Bayern nach unserer festen Überzeugung im Bereich des Wasserstoffs vorbildhaft und gut macht, und dass wir zeitgleich einen gewissen Nach-

holbedarf in Berlin erkennen. Wenn Sie das nicht so sehen, frage ich Sie: Wie erklären Sie sich denn dann, dass europäische Nationalstaaten derzeit quasi im Wochenrhythmus dem Bayerischen Wasserstoffbündnis auf Landesebene beitreten, während die Bundesregierung in Berlin in Katar um LNG-Gas bettelt?

Annette Karl (SPD): Herr Kollege Mehring, ich habe eben bereits gesagt, dass sowohl das Wasserstoffzentrum als auch die bayerischen Initiativen gut sind. Aber man kann es sich halt nicht so einfach machen, bei all den komplexeren Themen, die auf Bundes- und auf europäischer Ebene erledigt werden müssen und, wie gesagt, in Arbeit sind und demnächst erledigt sein werden, einen Antrag zu schreiben, in dem das Wort "unverzüglich", glaube ich, sechsmal vorkommt, und zu meinen, dass man damit der Komplexität Genüge getan hat. Das ist schon ein bisschen billig.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Karl. – Nächster Redner ist für die FDP Herr Kollege Albert Duin.

Albert Duin (FDP): Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier einen Antrag von den FREIEN WÄHLERN, der eigentlich weit hinter dem zurückbleibt, was wir schon in Berlin durchgesetzt haben, und zwar speziell die FDP. Ohne die FDP hätte es ein Verbrennerverbot gegeben.

(Zurufe: Oh!)

– Ohne die FDP hätte es ein Verbrennerverbot gegeben!

(Beifall bei der FDP)

Wir haben durchgesetzt, dass über 2035 hinaus noch Verbrenner zugelassen werden. Auch die Staatsregierung hat uns dann wohl hinterher zugestimmt – finde ich super!

Aber tatsächlich ist es so: Jetzt reden wir über Wasserstoff. Ich find's okay. Ich finde es auch okay, dass mit Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen als Speicher Wasserstoff erzeugt wird. Das ist super. Das war übrigens ein Antrag von mir vor vier Jahren, in dem ich gefordert habe, dass zu jeder Windkraftanlage ein Speicher dazugehört, der mindestens 72 Stunden die Energieversorgung aufrechterhalten kann. Damals wurde das abgelehnt. Das ist aber so.

Unglaublich, wenn zum Beispiel der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Patrick Graichen im Mai noch sagt, unsere Stadtwerke müssten die Gasnetze zurückbauen – zurückbauen! Dabei müssen wir sie nur umwidmen; sie müssen für Wasserstoff auch zugelassen sein.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das beste Ampel-Bashing erledigt die FDP!)

Wir brauchen auf alle Fälle in Bayern Wasserstoff; das ist richtig. Aber wenn ich höre, was unser Staatsminister dazu sagt, der auch noch Tankstellen dazu bauen will! Dadurch entsteht das Problem, dass ich mich von der sozialen Marktwirtschaft entferne und hin zu einem Staatssystem gehe. Das will ich auf keinen Fall. Also, wenn jemand eine Tankstelle bauen möchte, dann soll das bitte privatwirtschaftlich erfolgen. Nicht der Staat soll Tankstellen bauen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Oder hat es damals bei der Einführung von Benzin und Diesel an den Tankstellen auch der Staat gemacht? – Nein, das haben Privatunternehmen gemacht, weil sie darin eine Chance gesehen haben, in Zukunft Geld zu verdienen.

Über die Menge der Elektrolyseure brauchen wir gar nicht zu reden; diese 50 Stück sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Das ist nahezu nichts.

Ich habe gestern gehört, dass unser Minister Aiwanger jetzt Stromtrassen begrüßt.

(Annette Karl (SPD): Nach so vielen Jahren! – Alexander König (CSU): Ist doch gut!)

Für mich stellt sich die Frage, wie er nächstes Jahr beim Thema Wasserstoff handelt. Könnte es dann sein, dass er sagt: Jetzt ist es nicht mehr gut? – Also, so richtig vertrauen tue ich der Sache nicht; deswegen enthalten wir uns zu dem Antrag.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Dann seid ihr nicht mehr da, Albert!)

Den Antrag der AfD lehnen wir ab.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Duin. Dazu kann er gleich etwas sagen, denn er hat sich zu Wort gemeldet: Herr Staatsminister Aiwanger. – Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für diese zielgerichtete Debatte zum Thema Wasserstoff. Mich freut es sehr, dass wir hier mittlerweile keine Fraktion mehr haben, die sagt, Wasserstoff sei nur der Champagner der Energiewende, dass er nur für einige sehr exklusive Anwendungen sinnvoll sei, Wasserstoff würde in der Mobilität nie eine Rolle spielen, wir dürften in Deutschland nur so viel Wasserstoff verbrauchen, wie wir bei uns auch erzeugen können, denn Importe würden niemals technisch möglich sein und würden auch keinen Sinn ergeben und dergleichen mehr. – Da waren wir noch vor ein bis zwei Jahren. Jetzt sind wir auf Landes- und Bundesebene und in allen Bundesländern, glaube ich, geistig einige Schritte weiter und erkennen, dass Wasserstoff, dass grüner Wasserstoff eine ganz zentrale Rolle spielen wird, um Industrieland zu bleiben und um dekarbonisieren zu können.

Jetzt könnte man höchstens noch sagen: Dekarbonisieren und Energieversorgung geht mit ganz viel Kernkraft. Dann stellt sich aber die Frage nach dem gesellschaftli-

chen Konsens. Oder wir reduzieren die Industrie, dann erzeugen wir auch wenig CO₂ in Deutschland, weil wir wenig Öl, Kohle und Gas importieren müssen, aber wir haben dann eben auch keine Arbeitsplätze und keine Wirtschaft mehr. Oder wir machen so weiter mit fossilen Energieträgern und sehen das Ganze nicht so ernst und meinen, es wird schon irgendwie weitergehen. – Ich glaube, dass es am Ende eine Schnittmenge dieser drei Extrempositionen sein wird, dass wir uns aber möglichst schnell dorthin bewegen müssen, die Industrie natürlich im Land zu halten und möglichst schnell in Richtung grüner Wasserstoff zu switchen. Da stellt sich die Frage, mit welchen Methoden. Bayern fährt hier natürlich zweigleisig. Wir unterstützen auf der einen Seite die Elektrolyse in Bayern und die Produktion von Wasserstoff vor der Haustür, deshalb unser Elektrolyseur-Förderprogramm.

Herr Duin, Sie sagen einerseits, Sie wollen nicht staatlich fördern, andererseits aber sagen Sie, das sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Was wollen Sie jetzt? Noch mehr fördern, sodass wir statt 50 500 Elektrolyseure fördern, oder sollen wir gar keine fördern? Der Tropfen auf den heißen Stein ist scheinbar zu wenig. Meine Antwort: Wir fördern natürlich so viel, wie wir haushalterisch verantworten können und wie auch nötig ist, um die Dinge zum Laufen zu bringen. Das ist der Anstoß für viele vor Ort, als Landkreise, aus der Wirtschaft, als Bürgerenergiegenossenschaften einzusteigen.

(Alexander König (CSU): Ja, das stimmt!)

Der Elektrolyseur kostet 10 Millionen Euro. Wenn der Freistaat die Hälfte bezahlt und einen Energieplan mitliefert können wir von Windrädern in der Region den Strom beziehen, mit PV kombiniert, und hinterher noch ein Tankstellenprogramm auflegen, wozu wir auch ein Förderprogramm in Richtung Lkw-Tankstelle haben. Wir hoffen, dass der Bund auch schnell mit Pkw-Tankstellen nachlegt, sodass wir dann Spediteure haben, die diesen Wasserstoff verbrauchen wollen. Wir haben Firmen in Bayern, die diese Lkws produzieren, die mittlerweile sogar an Abnehmer in Washington verkaufen können. Das ist doch eine runde Sache.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Was wir im Land produzieren, wird aber nicht reichen, weil wir am Ende gar nicht so viele Zehntausende, Hunderttausende von Windrädern in Deutschland errichten können. Wir haben jetzt 1.100 in Bayern, 30.000 in Deutschland, werden aber Zehntausende, Hunderttausende Windräder insgesamt brauchen, um so viel Wasserstoff zu erzeugen, dass wir das Gas aus Russland, Katar, Norwegen, Belgien, und von wo auch immer es zu uns geliefert wird, in einigen, in zehn, in zwanzig Jahren werden ersetzen können, oder wir deindustrialisieren eben.

Deswegen kommt zu dieser eigenen Erzeugung der Import maximal hinzu. Da haben wir mindestens fünf verschiedene Korridore, beginnend in Norwegen und Schweden eine Linie, für die wir schon die Pipelines haben. Wir haben das vor Ort besichtigt. Die wären in den nächsten Jahren lieferwillig, wenn wir endlich sagen, wie viel wir wollen. Dann gibt es die Baltikum-Linie. Auch aus Nordosteuropa wären Liefermengen möglich. Dann gibt es die Pläne aus der Ukraine; die Pipeline liegt schon. Die Pläne sind schon in der Schublade. Wir wären eigentlich schon viel weiter, wenn es diesen Krieg dort nicht gäbe; aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Ich glaube, dass die Ukraine in Zukunft eine große Lieferregion für Deutschland, für Europa werden kann und werden wird. Wir haben zuletzt die Südtrasse beleuchtet. Aus Algerien, Tunesien über Nordafrika liegen die Leitungen auch schon, rüber nach Italien, hoch bis Österreich, rüber nach Bayern und dann weiter nach Norddeutschland. Schon heute besteht ein Netz, das man teilweise ergänzen und umrüsten muss. Es gibt auch noch die Linie über Frankreich. Bayern liegt quasi im Zentrum dieses Spinnennetzes. Wir sind sehr nah dran an der Gasdrehzscheibe Baumgarten in Österreich, wo derzeit Gas in alle Richtungen geht.

Weil es vorher so nebenher mal hieß, wir wären vom russischen Gas weg: Wir waren im Sommer über Wochen und Monate weg, als viel über den Westen gekommen ist und Deutschland nicht viel Gas brauchte. Ich war vor wenigen Tagen dort, und Aussa-

ge war: Russisches Gas kommt wieder über Baumgarten auch nach Deutschland – über die Ukraine, über Tschechien. Das ist schlichtweg die Wahrheit.

Das zeigt auf alle Fälle die Abhängigkeit, in der wir noch sind, und es zeigt die Notwendigkeit, noch mehr auf Wasserstoff zu setzen. Jetzt müssen wir die Eigenerzeugung gezielt intelligent anreizen, damit wir mit möglichst wenig Geld möglichst viel erreichen: deshalb das Elektrolyseur-Förderprogramm, die ganzen Bemühungen um Tankstellen, unsere Beratung vor Ort, um die Wirtschaft mitzunehmen, unser Wasserstoffbündnis, um die Akteure vor Ort mitzunehmen. Ich appelliere auch an Sie als Abgeordnete, sich in den Regionen zum Fürsprecher für Wasserstoffthemen zu machen. Ich komme gerade von der Landesversammlung des Bauernverbandes in Herrsching. Auch in der Landwirtschaft wird das Thema Wasserstoff in Zukunft eine Rolle spielen können. Schon heute gibt es Traktoren auf Wasserstoffbasis, ohne Firmennamen nennen zu müssen oder zu wollen. Auch das sind Anknüpfungspunkte für eigene Wertschöpfung, für die Dekarbonisierung des Antriebs in der Landwirtschaft, ohne wieder mit Ochs und Pferd arbeiten zu müssen. Das sind Wege.

Auf der anderen Seite steht die große Thematik des Imports. Noch einmal: Die Leitungen sind überwiegend vorhanden. Sie müssen teilweise ergänzt werden, Verdichter sind nachzurüsten usw. Und: Vor Ort müssen dann auch die Windparks, die Energieparks geschaffen werden. Auch hierzu hatten wir vor wenigen Tagen eine Praktikerunde mit dem Chemiedreieck Burghausen. Dabei war auch die gesamte Chemieindustrie vertreten und die Bayerischen Staatsforsten, weil wir auch einige Dutzend Windräder dort errichten wollen, sofern das unser Land in Bayern hergibt. Wir wollen selbst Strom erzeugen, selbst Elektrolyse machen. Am Ende sind das aber noch nicht einmal 10 % des Stroms, den wir brauchen, und Energie ist es noch weniger. Es war aber auch das Unternehmen Verbund aus Österreich dabei. – Ich darf hier ganz offen reden. – Der Energiekonzern aus Österreich, der schon heute Beziehungen bis hinunter nach Algerien und Tunesien hat, heckt jetzt Pläne aus, dort Windparks zu errichten. Die führen dort schon Praxisgespräche und machen schon Wind- und Sonnen-

messungen. Sie suchen nach Investoren, die dort Tausende von Windrädern und quadratkilometerweise PV-Anlagen errichten, um dann in den bestehenden Leitungen diesen Wasserstoff zu holen. Ich glaube, da geht es nicht um so oder so, um regional oder international, sondern wir müssen diese Kerze von allen Seiten gleichzeitig anzünden, damit diese Wasserstoffwelt insgesamt hochgetrieben wird.

Vorhin ist auch die Frage gestellt worden: Was wird denn der Wasserstoff kosten? – Hätten Sie vor einem Jahr gefragt, was Erdgas kosten darf, damit wir arbeiten können, und Sie hätten damals den heutigen Preis genannt bekommen, dann hätte jeder gesagt: Das geht überhaupt nicht, völlig unreal, Unsinn. – Heute ist Wasserstoff natürlich noch vergleichsweise teuer, weil man ihn in kleinen Einheiten erzeugt. Die Amerikaner haben jetzt aber ein Subventionsprogramm mit dem Ziel aufgelegt, bis 2027 für zwei Dollar das Kilogramm Wasserstoff zu erzeugen. Bis 2030 soll ein Kilogramm Wasserstoff für einen Dollar erzeugt werden. Mit einem Kilogramm Wasserstoff fährt ein Auto über hundert Kilometer. Daran sehen Sie auf alle Fälle die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu den anderen Energieträgern.

Dann rechnen Sie noch heraus, wie viel uns die Dekarbonisierung wert ist. Das ist heute natürlich noch teurer, als wenn wir unsere Fahrzeuge und unsere Industrie mit russischem Erdgas oder arabischem Öl betreiben. Aber wir wollen ja dekarbonisieren. Wir geben sehr viel Geld aus und belasten unsere Industrie sehr stark für die CO₂-Emissionen. Wenn das dann weggerechnet und proaktiv in die Struktur investiert werden kann, dann wird das was.

Wenn Sie aber mit den Gasnetzbetreibern reden – und deshalb steht das auch in unserem Antrag –, sagen diese: Jawohl, wir wollen unsere Netze heute weiterentwickeln – Bayernnetz für Bayern. Und sie sagen: Bitte setzt euch in Brüssel dafür ein, denn Brüssel sagt uns bis heute, ihr dürft nicht die künftigen Wasserstoffnetzbetreiber sein, ihr braucht andere Konzernstrukturen, müsst Töchter gründen oder euch abspalten. – Der, der morgen Wasserstoff transportieren will, darf nicht derselbe sein, der heute Erdgas produziert und transportiert? – Aber natürlich, wer denn sonst, sage ich!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich wird sich diese Infrastruktur auf die jetzige beziehen, und sie wird sich weiterentwickeln. Sie wird nicht den Weg gehen, wie das einige mit Denkfehlern in Berlin, auch im Bundeswirtschaftsministerium, ohne Namen nennen zu wollen, bis vor Kurzem vertreten haben. Sie meinten, dass wir die bestehende Gasinfrastruktur zurückbauen – was soll man damit machen? – und daneben ein bundesrepublikanisches Wasserstoffnetz hochziehen, drei Meter daneben. Und die jetzigen Akteure, sollen wir die in den Vorruhestand schicken oder was? – Ich weiß es nicht. Natürlich müssen wir uns mit den heutigen Akteuren an einen Tisch setzen und sagen: Du hast hier drei Leitungen liegen, mach bitte in Zukunft in zweien weiterhin Erdgas und in die dritte Leitung legst du parallel den Wasserstoff hinein. In zehn Jahren machst du zweimal Wasserstoff und einmal Erdgas, und in zwanzig Jahren machst du dreimal Wasserstoff und null Mal Erdgas. – Dann habe ich hier die Profis.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann brauche ich die Profis nicht in Rente zu schicken. Dann muss ich hier nicht mit eigenem Einsatz neue Dinge aus dem Boden stampfen. Dann kann man bestehende Strukturen individuell nutzen.

Vielleicht noch zu dem Kapitel: Was wird denn mit Wasserstoff betrieben? – Bis dato war die Ansage: Champagner der Energiewende, nur für einige wenige Anwendungen. Meine Damen und Herren, schauen Sie sich einmal an, in welchem Ausmaß schon heute Wasserstoff in der Industrie eingesetzt wird. Da wird der Wasserstoff aus Erdgas abgespalten. Das Gas kommt aus Russland, und vor Ort wird dann der Wasserstoff abgespalten. Das CO₂ wird beim Schornstein rausgeblasen. Künftig wird es hoffentlich aufgefangen und als wertvoller Industrierohstoff wiederverwendet. Wenn der Wasserstoff für die Industrie bezahlbar sein kann und muss, sei es der Wasserstoff aus dem Bayerischen Wald oder aus Tunesien, dann ist er hundertprozentig auch für das Auto und den Lkw einsatzfähig. Für den Lkw brauche ich acht bis neun Kilogramm

für hundert Kilometer, für das Auto ein Kilogramm auf hundert Kilometer. Das kostet derzeit in etwa zehn Euro. Nehmen Sie sieben Liter Sprit mal 1,90 Euro, dann liegen Sie darüber. Nehmen Sie dann den amerikanischen Weltmarktkampfpriis, der kommt vielleicht teilweise auch bei uns an, wenn mit den Schiffen grünes Ammoniak usw. transportiert wird. Dann wird der Wasserstoff auch in der Mobilität eine zentrale Rolle spielen und uns vor dem Schicksal bewahren, nur noch von Batterieautos aus China abhängig zu sein oder zu Fuß gehen zu müssen. Wir haben dann auch in der Mobilität diese Chance: keiner muss, jeder kann. Dann haben wir hoffentlich auch noch lange den Verbrenner. Ich bin überzeugt, ein moderner Verbrenner ist klimapolitisch akzeptabel.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Und dann haben wir nebenher das batterieelektrische Fahrzeug, den Wasserstoffverbrenner, und bei der Bauindustrie haben wir die großen leistungsfähigen Lkws. Und dann haben wir auch den Brennstoffzellen-Lkw. Und wir werden auch das Brennstoffzellen-Auto haben. BMW produziert davon schon eine Kleinserie. BMW-Chef Zipse hat vor wenigen Tagen geäußert, dass er beim Wasserstoff und bei den Brennstoffzellen eine große Chance für die Autoindustrie sieht, um eben nicht – und diesen Satz ergänze ich jetzt – in eine Weltmarktabhängigkeit von den Chinesen zu rattern, die die Hände auf dem Kobalt – oder wie Frau Baerbock sagt, Kobold – haben; sie beherrschen diese Rohstoffe. Wir können uns da etwas freischwimmen. Wir haben dann die Produkte vom Elektrolyseur über die Brennstoffzelle vom Auto bis zum Lkw, die wir in Deutschland, die wir vor allem auch in Bayern produzieren.

Meine Damen und Herren, mit neuen IPCEI-Projekten lösen wir 1,4 Milliarden Euro Investitionen aus. Davon sind 250 Millionen Euro bayerisches Geld, 570 Millionen Euro sind Bundesgeld, und dazu kommt der Eigenbeitrag der Industrie. Das sind Großprojekte bei großen Firmen, große Elektrolyseure, Brennstoffzellen usw. Da haben wir jetzt richtig was auf den Weg gebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Ruth Müller (SPD): Das Perpetuum mobile!)

Ich danke Ihnen dafür, dass wir das im Bayerischen Landtag als gemeinsames Ziel sehen. Ich appelliere auch an die Ampel-Parteien, diese Dinge konstruktiv aus Berlin zu begleiten. Ich muss ganz offen sagen, in den letzten Monaten ist dort ganz viel in die richtige Richtung bewegt worden. Jetzt definiert man auch genauer, was grüner Wasserstoff ist und ob sich grüner Wasserstoff auch so nennen darf, wenn er von bestehenden Erneuerbare-Energien-Anlagen produziert wird. Oder müssten dafür neue gebaut werden? – Das Thema Trassen müssen wir noch abarbeiten, damit die Pipelines europaweit für die freigeschaltet werden, die heute schon da sind.

Nachdem auch meine Frage zur Positionierung der Stromtrasse angesprochen worden ist: Ich habe hier eine ganz offene Antwort, eine ganz offene Debatte. Ich habe schon vor zehn Jahren – schauen Sie sich einmal meine Presseverlautbarungen an –, vor vielen Jahren, als viele noch gar nicht wussten, was grüner Wasserstoff ist, gesagt: Wir werden in Windüberschussgebieten, wo wir den Strom nicht wegbekommen und derzeit abregeln, sinnvollerweise einen Elektrolyseur danebenstellen, in die bestehenden Gasleitungen reingehen und damit Energie in einer Pipeline in deutlich größerem Ausmaß übertragen als mit einer Stromtrasse. – Das ist leider alles nicht angestrebt worden. Das wird die nächsten Jahre für viele ein Thema werden, sowohl in Norddeutschland als auch in Bayern, wo wir heute gar nicht in die Verteilnetze reinkommen. Deswegen soll es ja auch diese dezentralen Elektrolyseure geben, um den Wasserstoff vor Ort zu erzeugen. Außerdem soll es – auch das ist sogar Ziel der Bundesregierung, siehe da und staune – Spitzenlast-Wasserstoffkraftwerke geben, also besondere netztechnische Betriebsmittel als Kraftwerk, wie wir sie in Irsching haben, die dort wie das Feuerwehrauto auf den Einsatz warten und, wenn das Stromnetz nicht mehr stabil ist, schnell Gaskraft hochfahren. Das soll künftig auch – man höre und staune – mit grünem Wasserstoff erfolgen.

Sie haben also offenbar doch meine Pressemitteilungen von vor zehn Jahren gelesen. Das ist der Weg, weil wir auch künftig Grundlast brauchen. Wenn Atomkraft politisch nicht mehr akzeptiert ist, wenn wir Kohle und Erdgas wegbekommen wollen, um zu dekarbonisieren, dann – das ist meine Überzeugung – werden wir am Ende im Wasserstoff auch die Grundlastfähigkeit haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei aller Euphorie für die Erneuerbaren, die ich durchaus teile und bei denen wir in Bayern massiv nach vorne gekommen sind – bei PV werden wir weiter nach vorne kommen, Windkraft werden wir massiv ausbauen, und da werden sehr viele bald wieder Gründe finden, warum sie es nicht wollen –, brauchen wir die Grundlast.

Ich war gestern bei Tennet, und die gestern gezeigte Tabelle bezüglich des Versorgungsgebietes von Tennet war sehr ernüchternd: Oben war punktuell ein bisschen Sonne, die Wasserkraft tröpfelt so dahin, sie spielt eine Rolle, reicht aber eben bei Weitem nicht, dann folgt eine ganz dünne Bettdecke mit Windstrom, dann eine ganz dicke Matratze – um im Bild zu bleiben – aus fossilen Energieträgern, aus Öl, Kohle und Gas, und unten ist eine Grundlast aus Atomkraft. Sie werden diese dicke Matratze aus Erdgas entweder wegbekommen, wenn Sie die Industrie abschalten – wenn Sie so weitermachen, dann ändert sich nichts –, oder wir organisieren die Grundlast mit grünem Wasserstoff, und das Gaskraftwerk von morgen fährt dann eben mit Wasserstoff, den wir teilweise bei uns erzeugen, aber in noch größerem Ausmaß importieren werden.

Insofern ist das eine runde Geschichte, die in sich Sinn macht und bei der wir das eine tun müssen, ohne das andere zu lassen, von der Einzelanwendung im Privathaushalt bis zur Industrie. Es gibt jetzt auch schon die ersten Pläne oder Umsetzungen, dass selbst die Wärmenetze, die Gasnetze vor Ort, mit Wasserstoff betrieben werden können und dann der Gasofen zu Hause eben nicht mehr mit Erdgas, sondern mit Wasserstoff betrieben wird. Der eine oder andere wird selber erzeugen. Es gibt Anlagen,

die am Hof, beim Haus mit Elektrolyse Wasserstoff erzeugen, in die Flasche rein für eine Strom-Wärme-Kombination oder für das Fahrzeug. Wir werden Wasserstoff für Autos, Lkws und Busse einsetzen. Wir werden ihn für die Industrie einsetzen.

Ich bin überzeugt: Bayern ist hier richtig aufgestellt. Man muss immer schauen, wo sich andere bewegen, aber wir werden damit Arbeitsplätze in großem Ausmaß sichern können. Meine Damen und Herren, bei jedem zweiten Automobilzulieferer, bei jeder Automobilzulieferregion, die momentan unter Transformationsschmerzen leidet, kommt dann die Aussage: Ja, aber mit Wasserstoff könnten wir doch ... –. Man setzt also auch große Hoffnung darauf. Die wollen wir nicht enttäuschen.

Deshalb danke ich der Fraktion der FREIEN WÄHLER für dieses Thema. Danke für diese konstruktive Debatte. Ich nehme gerne vieles mit und freue mich, dass wir in Land und Bund, über alle Parteien hinweg, den Wasserstoff zur Zukunft machen.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Staatsminister Aiwanger. Ihre 21-minütige Rede hat noch nicht alle Fragen der Opposition beantwortet.

(Heiterkeit)

Zumindest liegen vier Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste ist von Herrn Abgeordneten Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Herr Aiwanger, als Wirtschaftsminister muss man sich natürlich fragen lassen, wie das mit der Wirtschaftlichkeit ist. Sie sagen ja immer, Bayern sei ein Sonnenland. Wir haben in Deutschland 225 GW installierte Leistung. 30 % davon sind solar erzeugt. Wir haben gestern 1 % des Stroms solar gemacht.

Jetzt komme ich zu meiner Frage: Bei diesen Elektrolyseuren oder bei diesem Programm handelt es sich doch nur um homöopathische Mengen; mehr ist es doch nicht. Das ergibt doch keine Grundlastversorgung, das hat ja keinen Sinn.

Das Zweite ist: Wenn Sie den Industriestandort Deutschland sichern wollen, insbesondere im Bereich Chemie, dann muss es natürlich wirtschaftlich sein. Sie reden immer von grünem Wasserstoff. Aber Wasserstoff hat keine Farbe. Außerdem konkurriert er auch mit Erdgas. Wie wollen Sie das mit der Wirtschaftlichkeit machen? Das geht nicht klar daraus hervor. Deshalb wollen wir Ihren Antrag ablehnen.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Noch mal zur Wirtschaftlichkeit, ich habe es in meiner Rede gesagt: Wenn Sie vor einem Jahr gefragt worden wären, welcher Erdgaspreis wirtschaftlich ist, hätte keiner gesagt, dass er sich eine Vervier- bis Verzehnfachung wünscht. Trotzdem müssen Sie heute mit diesen Preisen arbeiten, bis eine Gaspreisbremse hoffentlich greift. Das Ergebnis der gestiegenen Energiepreise ist eben die gestiegene Inflation. Würden wir diesen Weg aber jetzt nicht gehen, teure Energie einzusetzen, dann hätten wir gar keine. Dann hätten wir das Zusammenbrechen der Produktion. Also müssen diese höheren Energiepreise jetzt geschultert werden. Wenn wir uns darauf versteifen, zu dekarbonisieren, werden wir diesen höheren Preis künftig für erneuerbare Energien zahlen müssen. Aber in vielen Fällen ist es dann doch die günstigere Alternative – siehe russisches Erdgas, das eben jetzt sehr teuer für uns geworden ist, in vielerlei Hinsicht.

(Gerd Mannes (AfD): Selbst verschuldet!)

Wenn, wie gesagt, in großem Stil in Afrika, in der Ukraine, in Nordeuropa, auch in Bayern der Strom aus Sonne und Wind zu Wasserstoff verarbeitet wird, dann wird das wirtschaftlich werden. Ich habe die Zahl aus Amerika genannt: ein bis zwei Dollar pro Kilogramm. Das sind absolut wettbewerbsfähige Preise. Ich sehe da also nicht das Problem.

Die Aussage, es seien nur homöopathische Mengen in Bayern, ist genau meine Meinung. Jetzt zum Hochlauf ist das gut. Aber es wird am Ende nicht reichen. Deshalb kämpfen wir auch für Import-Pipelines.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung: Annette Karl, SPD.

Annette Karl (SPD): Herr Staatsminister, ich versuche, Ihre langen Ausführungen kurz zu sortieren, und dann schließe ich eine konkrete Frage an: Wasserstoff ist sicher nicht der Champagner der Energiewende, aber sicher auch nicht das Allheilmittel der Energiewende für alle Probleme, wie Sie es darstellen. Sie haben sehr richtig gesagt: Wasserstoff kann man einsetzen in Autos, in Lkws, für die Industrie, für die Landwirtschaft, für eigentlich alles, was einem so einfällt, ohne dann wirklich konkret deutlich zu machen, wo der ganze Wasserstoff herkommen soll.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Das habe ich zehnmal gesagt!

Annette Karl (SPD): Sie malen illusorische Bilder. Die Ukraine wird ihren Strom nach dem Krieg, der hoffentlich bald vorbei ist, selber brauchen und wird daraus sicher nicht grünen Wasserstoff für Deutschland produzieren. Ähnlich ist es mit einigen anderen Ihrer sogenannten Möglichkeiten, Wasserstoff zu erzeugen, daher meine Frage.

Für den Hochlauf reichen eben nicht die homöopathischen Mengen, die wir jetzt haben. Für einen Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft brauchen wir große Mengen. Deshalb frage ich: Sind Sie auch der Meinung der Wirtschaftsweisen Frau Grimm, dass wir für den Hochlauf auch grauen Wasserstoff, sprich CO₂-armerzeugten Wasserstoff in massiven Mengen brauchen? Ja oder Nein?

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Natürlich werden wir Wasserstoff in allen Schattierungen brauchen und einsetzen. Ich habe ja gesagt, dass derzeit in großem Stil aus Erdgas Wasserstoff abgespalten wird. Es wird Länder geben, die ihn mit Kernkraft erzeugen werden, und es wird Länder geben, die von der ersten Minute an grünen Wasserstoff erzeugen werden.

Da Sie sagen, ich hätte nicht genau gesagt, wo ich das hernehmen will: Meine 21-minütige Rede war für viele vielleicht doch zu lang, und Sie haben nicht zugehört.

(Annette Karl (SPD): Realistisch!)

Ich habe die fünf Trassen aufgezeigt, von Norwegen und Schottland über das Baltikum bis in die Ukraine, bis in den Süden, nach Italien, Afrika und Frankreich. Ich könnte es Ihnen auch noch in Quadratkilometern, Kilometern und Leitungsdurchmessern sagen. Dann würden Sie sagen: Jetzt hat er aber 22 Minuten geredet und nicht 21. Ich habe mir Mühe gegeben, Inhalt und Zeit in eine Form zu gießen.

Wir werden alle Wasserstoffformen nutzen, aber das Ziel ist, am Ende alles auf grünen Wasserstoff umzustellen. Um dorthin zu gelangen, müssen wir alle anderen Schattierungen mitnehmen, weil wir das heute auch schon tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Inhalt und Zeit gießt nun in eine Form Herr Kollege Albert Duin von der FDP mit seiner Zwischenbemerkung.

Albert Duin (FDP): Ich fasse mich sehr kurz. – Lieber Hubert Aiwanger, lieber Staatsminister, warum wurde CCS, was wir in den letzten Jahren immer wieder eingebracht haben, von den FREIEN WÄHLERN abgelehnt, wenn du heute sagst, wir brauchen das, wir müssen das wiederverwenden oder speichern?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Was wurde abgelehnt? Ich habe das akustisch nicht verstanden.

Albert Duin (FDP): Unsere Anträge zur CO₂-Speicherung oder –Wiederbenutzung wurden immer alle abgelehnt. Warum?

Zweitens. Kommt heute noch Gas aus Russland zu uns?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ja.

Albert Duin (FDP): Dritte Frage: Stimmt es, dass du 2018 vor dem Wirtschaftsministerium gegen die Monstertrassen demonstriert hast und heute deine Meinung deutlich änderst?

(Heiterkeit)

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Fangen wir beim Letzten an. Ich habe damals demonstriert und gesagt: Ich will da rein.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Ich sehe in CO₂ eine große Chance als Industrierohstoff und nicht als lästiges Übel bei der Abspaltung; dazu ein konkretes Beispiel: In Pilsbach in Österreich werden erfolgreiche Versuche gemacht, CO₂ und Wasserstoff in bestehende Gasspeicher zu pumpen. Mithilfe von Bakterien wird aus CO₂ und Wasserstoff wieder Erdgas. Derzeit überhäufen wir Zementindustrie, Ziegelindustrie und andere mit großen Problemen wegen ihrer CO₂-Ausstöße; das sind mehrere Hunderttausend Tonnen pro Jahr. Am Ende ist es aber ein wertvoller Industrierohstoff, nicht nur für Brauereien, die CO₂ brauchen wie die Lebensmittelindustrie zum Abpacken, sondern dieses CO₂ könnte zur Bodenverbesserung zu Kohlenstoff als Feststoff umgewandelt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es könnte als Industrierohstoff für die Kohlefaserthematik eingesetzt werden oder eben auch als Kohlenwasserstoff zu neuen Treibstoffen zusammengeführt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das heute viel geschmähte CO₂ kann sogar zum Rohstoff der Zukunft werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die vorletzte Zwischenbemerkung kommt von Martin Stümpfig von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Hubert, wenn du das nächste Mal eine Grundsatzrede zu allem Möglichen halten willst, melde bitte vorher eine Regierungserklärung an.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich hatte keine Zeit.

(Zurufe)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Mir fehlt immer noch ein klares Bekenntnis zu den Stromausbauprojekten, die jetzt im Netzentwicklungsplan stehen. Kannst du hier und heute sagen und es dann auch vor Ort bekräftigen, dass du für die Projekte bist?

Ich habe noch eine zweite Frage. Wir haben die großen Gasübertragungsnetze, die wir Stück für Stück auf Wasserstoff umrüsten können; das ist sinnvoll. Es hat aber keinen Sinn, das Gasverteilnetz mit Tausenden von Kilometern komplett umzurüsten. Das müsste über Steuergelder, über Netzentgelte umgerüstet werden, obwohl wir heute noch gar nicht wissen, ob denn Wasserstoff zukünftig im Wärmebereich wirklich so eingesetzt werden kann, weil es einfach massive Umwandlungsverluste gibt. Willst du wirklich sagen, dass du hier Steuermittel einsetzen willst, um das komplette Verteilnetz in Bayern oder stückweise in Deutschland auf "wasserstoffready" umzurüsten?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Das wird in vielen Fällen schon angestrebt. Am Ende wird das auch von der Wirtschaftlichkeit und den Entscheidungen der Bürger, der Kommunen und der Bürgerenergiegenossenschaften vor Ort abhängen, ob sie beim Erdgas bleiben – viele haben derzeit Erdgasnetze mit einem Gasherd dran –, ob sie das alle rausschmeißen und eine Wärmepumpe hinstellen – wobei sich die Frage stellt, wo der Strom dafür herkommen soll –, oder ob wir eben im Rahmen der Netze, die vielfach ertüchtigt werden, Wasserstoff nutzen.

Viele Gasöfen und Gasheizungen sind heute schon H₂-tauglich. Die werden das dann einsetzen. Das will ich nicht unbedingt politisch massiv herbeisubventionieren, aber ich will es positiv begleiten. Wenn irgendwo ein Weg dorthin führt, ist das auf alle Fälle besser, als denen zu sagen: Du bist künftig nur noch von Strom abhängig. Es stellt sich die Frage: Wo soll der Strom herkommen? – Ihre Aussage lautet: aus dem Stromnetz aus Norddeutschland. – Meine Antwort lautet: Wenn dort der Wind nicht weht, kann die Leitung noch so dick sein, dann kommt von dort nichts.

Das kann ich noch einmal auf den Punkt bringen: Stromleitungen sind von der Bundesnetzagentur jetzt so ausgerichtet. Dass sie gebaut werden sollen, kann ich aus Bayern weder verhindern noch massiv beschleunigen. Der Plan läuft und wird abgewickelt. Wenn wir die Leitung haben, ist das natürlich besser, als wenn wir sie nicht haben, zumindest in der jetzigen Situation. Hier war es aber in den letzten Jahren deutlich zu einfallslos, nur mehr und dickere Leitungen zu fordern und sich zu wenig um intelligente Netze zu kümmern,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

damit wir auch in den jetzigen Leitungen mehr Strom transportieren können. Jetzt gibt es ernst zu nehmende Entscheidungen, dass die Stromnetzbetreiber plötzlich in derselben Leitung deutlich mehr Strom transportieren dürfen als noch vor ein paar Monaten. Jetzt geht das plötzlich, weil die Hütte politisch brennt. Da müssen wir noch mehr anpassen. Auch das war ein Punkt, der die Akzeptanz bei den Grundbesitzern vor Ort erschwert hat nach dem Motto: Die wollen mir durch die Felder baggern, ist das schon alles zu Ende gedacht? – In vielen Fällen war das eben nicht zu Ende gedacht,

(Zuruf)

weil Wasserstoff und erneuerbare Energien vor Ort zu wenig thematisiert worden sind. Sie wissen selbst, dass überall dort, wo draußen die Leitung gebaut werden soll, alle Parteien über alle Grenzen hinweg dagegen kämpfen. Es stellt sich selten jemand hin – es sei denn ein Grüner aus München, der natürlich nach Oberfranken hinauffährt

– und erklärt denen, was sie auszuhalten haben. Wenn aber der Oberfranke gesagt hätte "Mach du erst mal PV auf deine Münchner Schickimicki-Wohnung", dann wären Sie erschrocken.

(Zuruf)

Die Menschen vor Ort sehen durchaus eine Betroffenheit. Die FREIEN WÄHLERN nehmen diese Betroffenheit immer ernst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Und noch die Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Aiwanger, nach Ihrem Seminar zur Wasserstoffstrategie Bayerns sind Sie für mich der Wasserstoffpapst, und in der Eigenschaft möchte ich Sie jetzt befragen. Sie haben ein Wort in Ihrem Konzept nicht genannt, nämlich "Russland". Glauben Sie, dass es sich die Weltfriedensgemeinschaft und auch die europäische Wirtschaft leisten können, auf Dauer – Sie haben heute in Dekaden, in großen Zeiträumen gesprochen – diesen größten Rohstoffbesitzer auch im Energiebereich, Erdöl und Gas – auszuschließen? Sie haben diesen Sektor für die Energiegewinnung nicht ausgeschlossen. Mit Wasserstoff allein ist es nicht getan; wir brauchen immer einen Reaktionsenergieträger, der uns Wasserstoff erschließt. Glauben Sie wirklich, dass es sich die Weltgemeinschaft leisten kann, mit Russland nicht mehr zu handeln, wenn man schon nicht mit Russland verhandelt? Wie ist Ihre Auffassung: panta rhei – alles ist im Fluss? Sind Sie da auch im Fluss?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich bin auf alle Fälle der Überzeugung, dass es für die deutsche Wirtschaft auf Dauer nicht sinnvoll ist, den Kalten Krieg wieder von vorne zu beginnen und auch künftig eine Zusammenarbeit mit Russland auszuschließen. Dass wir jetzt mit Putin ein massives Problem haben und alles tun müssen, um seine Kriegsmaschinerie nicht zu

schmieren, ist klar, aber es kann keiner von uns erwarten – und ich glaube, wir sollten auch selbst schlau genug sein –, dass wir für alle Ewigkeit ausschließen, unter nachfolgenden Regierungen, unter nachfolgenden Präsidenten, die hoffentlich vernünftiger sind, wieder Rohstoffe von dort zu beziehen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder dorthin zu bringen, wo sie auch vor dem Krieg angestrebt worden ist. Ich war selbst zweimal in Russland; wir haben viele Anknüpfungspunkte im Energiebereich und im Technologiebereich herausgearbeitet. Es wäre aus Sicht Deutschlands nicht verantwortlich, zu sagen: An der polnischen Ostgrenze endet auf Dauer unsere Welt.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Man muss Putin überwinden, aber wir müssen uns auch für die Zukunft diesen Wirtschaftsraum wieder erschließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Zwischenbemerkungen liegen mir nicht vor, und auch Herr Staatsminister Aiwanger hat seine Wortmeldung abgeschlossen. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drs. 18/25379 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, CSU sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos) und der Abgeordnete Bayerbach (fraktionslos). Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Enthaltungen! – Die FDP-Fraktion sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/25466 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Alle anderen Fraktionen sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk.

Enthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.